

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 M. Einzelnummern 10 Pf. Stralton Nr. 50 bei der Oberamtsparlatte Neuenbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Hübels & Co. Wildbad. : Postcheckkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Konfursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gsch in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 17

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 22. Januar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Abbruch der Pariser Verhandlungen?

Politische Ränke

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind wieder einmal abgebrochen. Die amtlichen Berichte beider Abordnungen sprechen von einer „freundschaftlichen Unterbrechung“. Aber das ist nur ein schwacher Trost. Die Franzosen wollen nicht weiter verhandeln, bis ihr Parlament das neue Zollgesetz verabschiedet hat. Die deutsche Abordnung erklärt, daß ihr Führer Trendelenburg sich in Berlin bei der neugebildeten Regierung Weisungen holen müsse. Was hat sich ereignet?

Die deutschen Vertreter haben Anfang der vorigen Woche den neuen französischen Vorschlag für ein kurzfristiges Handelsabkommen eingehend geprüft und, da auch sie den Zollkrieg vermeiden wollten, eigene Vorschläge für einen kurzfristigen Vertrag schriftlich ausgearbeitet. Handelsminister Ragnaldi, dem Trendelenburg das deutsche Dokument mit mündlichen Erläuterungen überreichte, bedang sich zwei Tage Frist zum Studium aus. (Die deutschen Gegenvorschläge waren sehr kurz. Sie betrafen nur vier Punkte und ihre schriftliche Fassung füllte nicht mehr als eine Seite Maschinschrift.)

Am Freitag in der Vollziehung platzten die Gegensätze aufeinander. Das Duell wurde wieder im strengsten Geheimnis ausgetragen. Aber gerade dies ist nicht günstig für die deutsche Seite. Der Kampfplatz ist Paris. Die französischen Interessentengruppen haben Gelegenheit, durch vielfache Ränke zu erforschen, was sie brauchen. Sie können ihre Leute in der Abordnung rasch unterrichten und ihre Presse entsprechend bearbeiten. Die Deutschen sind abgeschnitten. Der Weg nach Berlin ist weit und die Deutschen Zeitungen erhalten keine Hinweise von der Reichsregierung. Es ist ein ungleicher Kampf. Warum verhandelt man nicht an einem neutralen Ort oder zur Abwechslung auch einmal in Berlin?

Der Grundgedanke der deutschen Gegenvorschläge war: Wenn wir uns zu einem kurzfristigen Abkommen bereit finden sollen, so muß ein derartiger Vertrag auf das Protokoll vom 12. Oktober 1924 zurückzuführen. Jenes Protokoll, das die beiden Abordnungen unterzeichnet haben, ließ darauf hinaus, daß Deutschland den Franzosen grundsätzliche Meistbegünstigung gewähren kann, falls Frankreich für die in Frage kommenden deutschen Waren tatsächlich die Meistbegünstigung zugesichert und unter der Voraussetzung, daß die zollpolitische Freiheit der beiden Länder in der Zwischenzeit vollkommen hergestellt wird.

Was in der Zwischenzeit wirklich geschah, war die — Erhöhung des französischen Zolltarifs. Deutschland will und darf auf diesen Kniff nicht hereinfallen. Außerdem ist die deutsche Abordnung nach wie vor nicht geneigt, sich in der Frage der elsaß-lothringischen Einfuhr übers Ohr hauen zu lassen. Die Franzosen, die diese Einfuhr beanspruchen, müssen die Sicherheit geben, daß nicht andere Nationen, die ebenfalls auf Grund des Meistbegünstigungsrechts mit Deutschland Handelsverträge abschließen oder abgeschlossen haben, dieses Vorrecht Elsaß-Lothringens als ein Vorbild hinstellen und ausbeuten. Eine solche Sicherheit ist aber kaum zu schaffen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die französischen Vertreter den Gedanken eines Schiedsgerichts über diese Frage angeregt haben. Aber wer soll Schiedsrichter sein? Die deutsche Abordnung hat abgelehnt.

Mittlerweile macht die Pariser Presse mobil, um die Deutschen als die „Ränkespinner“ hinzustellen. „L'Avantgarde“, das freitägliche Organ der Millerandgruppe, versucht darzulegen, daß die französische Abordnung einem deutschen Manöver zum Opfer gefallen sei. Die deutsche Abordnung habe gewisse französische Industrien, namentlich die lothringische und elsaßische, am 10. Januar in die Zwickmühle versetzt und wolle nun die Unterhandlungen hinauszuziehen, gleichzeitig aber den Vorteil ihrer Stellung wahren. Andere Zeitungen kommen darauf zurück, daß die Verlängerung der Besetzung Kölns auf die Haltung der deutschen Abordnung einwirkte. Aber bei dieser Behauptung spricht das böse Gewissen lauter als die Wahrheit. Wieder andere Blätter, wie z. B. die „Journées Industrielles“ wollen den Zollkrieg, bis Frankreich einen Tauschgegenstand gefunden habe. „Leider nicht mehr die Ruhr, aber vielleicht das Saargebiet.“ (!) Damit sind die Wirtschaftsverhandlungen auf das politische Gebiet hinübergeiragen. Was gedenkt die neue deutsche Regierung zu tun, um jenerer Abordnung in Paris zu helfen?

Der Bericht der Dawesagenten

Paris, 20. Jan. In dem Bericht des Hauptagenten für die Daweszahlungen, Parker Gilbert, an die Entschädigungskommission wird, wie verlautet, ausgeführt, daß man mit der Durchführung mehr als zufrieden sein könne. Die neue Regierung in Deutschland bedeute für den Dawesplan keine Gefahr. Im ganzen seien bisher über 300 Millionen Goldmark eingegangen, über 20 Millionen mehr als vor-

Tagesspiegel

Das Reichskabinett hat beschlossen, die neue Note an den Verband wegen der Nichträumung des Köfener Gebiets erst nach Abschluß der Reichstagsausprache aufzulegen.

In einer neuen Besprechung mit den Bankvertretern im Reichsfinanzministerium wurde von den Banken erneut auf die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit für die Banken hingewiesen, alten und neuen (Spekulations-) Besitz der Staatsanleihen zu unterscheiden.

Die Pariser Meldung, Staatssekretär Trendelenburg werde wahrscheinlich von den Vertragsverhandlungen abberufen werden, wird amtlich von Berlin aus als unrichtig bezeichnet.

Das bayerische Konkordat soll am Sonntag bekräftigt werden.

Der tirolische Stenographenverein in Innsbruck stellte sich auf den Boden der deutschen Einheitskurzschrift.

geschrieben war. Dafür sollen in den nächsten Monaten die Pflichtleistungen entsprechend vermindert werden. Die deutschen Vertreter in den verschiedenen Kommissionen haben einwandfrei mitgearbeitet. Die alten Aktienbesitzer der Reichsbank werden in der Weise entschädigt, daß sie für zwei alte Aktien eine neue erhalten. Auf das Konto des Agenten wurden bis 1. Januar 1925 rund 286,25 Millionen Goldmark eingezahlt, wovon rund 280,25 Millionen ausgegeben wurden. Abgeliefert wurden an Frankreich 113,65 Millionen (dapon 26,6 Millionen für Rohle und Koks, 18,85 Mill. für Kohlenfracht, 14,6 Mill. für Bekämpfungskosten, 27,15 Mill. für „Restitutions-“ und Entschädigungen, 11,25 Mill. für Waren aus dem Ruhrgebiet); an Italien 23,52 Millionen, England 65,88 Mill. einschließlich 5,5 Mill. Ausfuhrabgabe, Belgien 29,56 Mill. (13,94 Mill. Rohle und Koks und 15,12 Mill. andere Waren). Die Unkosten der Entschädigungskommission betragen 2,94 Mill., der Rheinlandkommission 4,59 Mill., der militärischen Ueberwachungskommission 4,67 Millionen. Sollte das Direktorium der Eisenbahngesellschaft nicht in der Lage sein, am 1. März die fälligen Zinsen zu zahlen, so würde der Daweskommissar, der Franzose La Verre, berechtigt sein, sich an die Stelle des Generalverwalters zu setzen. Die Gesellschaft arbeite befriedigend und mit Gewinn. Die Bank für Industrieobligationen unter dem Italiener Novara soll nach dem 28. Februar 1925 5 Milliarden Goldmark Schuldcheine ausgeben. Jeder Betrieb in Deutschland mit einem Kapital von mehr als 50 000 Mark ist verpflichtet, an die Bank 17 Prozent des Kapitals abzuführen. Vorerst schein aber eine Ausgabe dieser Schuldcheine noch nicht beabsichtigt zu sein, ebenso wenig die der Eisenbahnschuldcheine. Vielleicht werde ein Teil davon ausgegeben, um diejenigen Verbündeten zu befriedigen, die sich in Geldnöten befinden. Die Erträge aus den Dawes-Steuern und Monopolen verbleiben in den ersten zwei Jahren auf einem Konto der Reichsbank. Ueber die Sachlieferungen seien noch keine Beschlüsse gefaßt, weil die Ansprüche der Verbündeten weit auseinandergehen.

Neue Nachrichten

Die Verwaltung Hohenzollerns

Berlin, 21. Januar. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Verwaltung der Hohenzollernschen Lande nebst Begründung zur gutachtlichen Äußerung überhandt. Aus der Vorlage, auf deren Dringlichkeit das Staatsministerium besonders hinweist, teilt der Amtliche preußische Pressedienst folgendes mit:

Der Oberamtsbezirk Haigerloch und die zum Oberamtsbezirk Gammertingen gehörigen Gemeinden Salmeningen, Reichingen und Ringingen werden mit dem Oberamtsbezirk Hechingen vereinigt. Der Oberamtsbezirk, der Amtsverband, die Amtsoberammlung, der Amtsausschuß usw. und der Oberamtman in den Hohenzollernschen Landen führen hinfort die Bezeichnung „Kreis“, „Kreisrat“, „Kreisamtsauschuß“ usw. und „Landrat“. In der Begründung wird u. a. ausgeführt: „Die Hohenzollernschen Lande, die im Jahr 1850 mit Preußen vereinigt wurden und nach der Volkszählung von 1919 70 795 Einwohner zählen, haben infolge ihrer ungünstigen geographischen Lage eine Anzahl von Verwaltungsbehörden, die bei einer besseren Abrundung des Gebietsteils nicht als notwendig anerkannt werden könnten. Der bereits im Jahre 1852 ausgesprochene Gedanke, die Verwaltung in zwei Kreisen zu führen, soll jetzt bei der fortgesetzten Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Hohenzollern durchgeführt werden. Der praktisch bereits seit Jahren bestehende Zustand soll also durch den Entwurf nur gelegentlich werden. Nach dem Vorschlag des Entwurfs wird in Zukunft der Kreis Sigmaringen 697 Quadratkilo-

meter mit 33 551 Einwohnern in 73 Gemeinden, der Kreis Hechingen 445 Quadratkilometer mit 37 244 Einwohnern in 50 Gemeinden umfassen.“

Dr. Luther und die bayerischen Anträge

Berlin, 21. Januar. Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern den bayerischen Gesandten. Wie verlautet, sollen die bekannten bayerischen Anträge zur Reichsverfassung (Bundesstaaten, Eisenbahn, Neuordnung des Steuerwesens usw.) nunmehr beschleunigter behandelt werden.

Ferner empfing der Reichskanzler Vertreter der Gewerkschaften, um sich ohne Voreingenommenheit über wirtschaftliche Arbeiterwünsche unterrichten zu lassen.

Der Barmatstand

Berlin, 21. Jan. Die Anträge der im Barmat-Konzern zusammengeschlossenen Unternehmungen, die Kreditstille gegen sie aufzuheben, sind vom Landgericht aufgehoben worden, weil nach den bisherigen Erhebungen alle Barmat-Unternehmungen ihre Ausgaben nur durch beträchtliche Kredite bestritten hätten. Soweit diese Betriebe sich aus geordneten wirtschaftlichen Einnahmen erhalten können, habe das Gericht gegen die Fortführung der Betriebe nichts einzuwenden.

In der Wohnung des bisherigen Postministers Höpfe wurden alle Briefschaften und drei Bankauszüge über erhebliche Summen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Lohnbewegung in Berlin

Berlin, 21. Jan. Die Berliner Industriellen haben die ihnen von den Arbeitervertretern vorgelegten neuen Tariforderungen abgelehnt. Die Betriebsräte verlangen eine Urabstimmung über den Streik, die Gewerkschaften sind dagegen.

Der belgische Gewinn

Brüssel, 21. Jan. Ministerpräsident Theunis erklärte, durch das Pariser Protokoll ziehe Belgien aus der Ruhrbesetzung einen Gewinn von 2 Milliarden Franken; nach der Dawesplänen werde es im Jahre 1925 850 Millionen Franken beziehen.

In Parlamentarkreisen wird von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts Theunis gesprochen, da es die immer zahlreicher werdenden Angriffe nicht mehr ertragen könne. Im Falle einer Krise werde die Kammer aufgelöst werden.

Auflösung der Entschädigungskommission?

Paris, 21. Jan. Die „Chicago Tribune“ berichtet, die Entschädigungskommission werde erparnisshalber erheblich vermindert und das von ihr gemietete kostspielige Hotel Astoria werde aufgehoben. Die Angestellten werden zum Teil von Vorkassenterraten übernommen. Die meisten derartigen Mitglieder werden schon im Februar ihre Stellen aufgeben müssen, da sie keine Bedeutung mehr haben.

Aus dem Bericht des Generalagenten Gilbert ist noch die Erklärung zu erwähnen, er könne die Zustimmung geben, Reichskanzler Luther werde den Dawesplan vollkommen durchführen. Die Weiterbesetzung des Kölner Gebiets sei aber geeignet, die Wirksamkeit des Dawesplans zu stören, wenn die Verbündeten nicht mitteilen, wie lange sie die Besetzung fortsetzen wollen.

Verstärkung der englischen Flotte

London, 21. Januar. Die Regierung Baldwin wird die von ihr schon früher beantragten acht neuen Kreuzer, von denen die Regierung Mac Donalds nur 5 in Bau gegeben hatte, wieder aufnehmen und gegebenenfalls einen neunten Kreuzer verlangen.

Die Schuldfrage

London, 21. Januar. Die „Times“ schreibt zu der Regierungserklärung Dr. Luthers, sein Versuch, Deutschland von der Schuld am Krieg freizumachen, werde vergeblich sein. — Die Verbündeten mögen sich noch so sehr dagegen sträuben, die Wahrheit kommt um so baldiger an den Tag, je mehr Deutschland sich selber rührt und nicht alles dem Zufall und der fremden Hilfe überläßt.

Ein Musiker als Botschafter?

London, 21. Jan. Nach einer Meldung aus Washington soll Präsident Cooldidge gebeten worden sein, den Kapellmeister des New Yorker Symphonieorchesters, Walter Damrosch, zum Botschafter in Berlin zu ernennen. In maßgebenden Kreisen werde jedoch erklärt, Damrosch sei deutscher Herkunft, und deshalb würde seine Ernennung auf Bedenken stoßen.

Der Personalabbau

Berlin, 19. Jan. Im Reichstag ging eine Ergänzung zur Weimarer Verfassung über den Personalabbau ein. Danach wurden



Sitzung des Gemeinderats vom 20. Jan. 1925.
(Fortsetzung und Schluß.)

Straßen und Wege, Wasserleitung etc.

Die Korrektur des Michelberger Sträßchens wurde fertiggestellt.

Die obere Umlandstraße beim alten Friedhof wurde verbreitert und das dortige städtische Grundstück mit Abschränkung versehen.

Der Rennbach zwischen den Neubauten an der Rennbachstraße wurde überbrückt und auf der Ueberbrückung ein Weg angelegt.

Die Hohenlohestraße beim Palmengarten wurde neu hergestellt.

Die Wilhelm- und König-Karlstraße wurden neu beschottert und bewalzt.

Die Fertigung eines neuzeitlichen Bebauungsplanes über das ganze Stadtgebiet wurde in Angriff genommen.

Die Wasserleitung in der Enzthalstraße wurde bis zum Rau'schen Hause verlängert und eine Wasserleitung in der Hohenlohestraße hergestellt.

Werbetätigkeit für das Bad und den Kurort.

Die Hälfte der Kosten der mit der Badverwaltung gemeinsam betriebenen Zeitungsreklame wurde auf die Stadtkasse übernommen, ebenso die Kosten der Reklame für einen Winterkurbetrieb.

Der Kurverein wurde durch Beitragsleistung unterstützt. Ferner hat sich die Stadt an der Wintersport-Ausstellung in Stuttgart beteiligt.

Die Bemühungen um bessere Zugverbindungen für unser Bad hatten insofern Erfolg, als die vor dem Krieg geführten direkten Wagen von Berlin, München, Frankfurt und Stuttgart wieder eingeführt wurden und der Morgen-Eilzug nach Stuttgart nun das ganze Jahr hindurch läuft.

Sonstiges.

Der neue Friedhof und das Kriegerdenkmal wurden ihrer Vollendung nahegebracht.

Die Weckerlinie wurde mit einer automatischen Einschaltung versehen.

Die Fleischbeschau im Schlachthaus wurde neu geregelt und dem Stadtkriegerarzt Dr. Schindler übertragen, der auch die Kontrolle der Metzgereien, der Verkaufsläden und des Milchverkaufs (mikroskopische Untersuchung) zu besorgen hat.

Daß zu diesen umfangreichen Neubauten und Verbesserungen beträchtliche Geldmittel nötig waren, ist einleuchtend. Bis heute sind die erforderlichen Summen durch vorübergehende Darlehen der Württ. Girozentrale, der Württ. Notenbank und der Oberamtsparcasse beschafft worden. Zurzeit bemüht sich die Stadtgemeinde bei einem bedeutenden Geldinstitut um ein größeres Darlehen mit Aussicht auf Erfolg. Sobald das Darlehen flüssig wird, kann die Stadtverwaltung an die Lösung anderer wichtiger Fragen herantreten, so weitere Wohnungsbauten zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die Schaffung eines Sport- und Spielplatzes und eines Flußbades, des Wehreubaus, der Ausführung des Wasserkraftprojekts, des Neu- oder Umbaus der Gasfabrik, des Baues eines Krankenhauses, eines Schulhauses und eines Friedhofes in Sprollenhäuser, der Kanalisation der Kernerstraße, der Verbesserung der Laienbergstraße, des Baues der Bismarckstraße u. a. m.

Ein Jahr der Mühe, Arbeit und Sorge liegt hinter

uns; ein neues hat begonnen, ebenso voll bepackt mit Last und Sorge, wie das vergangene. Aber das soll uns nicht schrecken: „Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!“ Der Gedanke, daß es wieder aufwärts geht, auch mit unserem Wildbad, dessen unverwüßliche Lebens- und Werbekraft gerade das vergangene Jahr aufs neue bewiesen hat, gibt uns die Zuversicht, auch an die neuen wichtigen Aufgaben heranzutreten. Möge ihre Lösung zu weiterem Blühen und Gedeihen unserer schönen Badestadt beitragen!

Der Geschäftsbericht fand die volle Zustimmung des Gemeinderats.

Die Kehrichtabfuhr sollte vor Beginn der Saison neu geregelt werden. Der seitherige Vertrag geht am 31. März zu Ende. Es liegt ein Offert über einen neuzeitlichen Elektro-Kehrichtwagen (Kippwagen) vor, dessen Photographie den Gemeinderäten zusagt. Der Preis beträgt 3600 M. und erscheint nicht zu hoch, da dieser Wagen bezw. Garten, der nur 2 Mann Bedienung braucht, auch zum Transport von Kies, Sand usw. benützt werden kann. Die Ladung der elektr. Batterien kann jeweils im hiesigen Elektr.-Werk erfolgen. Es fragt sich nur, ob der Wagen auch die hier zu bewältigenden Steigungen nimmt. Es wird beschloffen, denselben, wie im Offert angeboten, zur Probe auf 1—2 Wochen hierher kommen zu lassen und dann je nach dem Befund sich schlüssig zu machen. Daß die seitherige Art und Weise der Kehrichtabfuhr für einen Badeort nicht mehr angemessen ist, steht jedenfalls fest.

Die Beitragsleistung der Stadt zur Unterhaltung des Regeltalwegs wird von 25 auf 29% erhöht.

An der in Stuttgart stattfindenden Ausstellung für das Verkehrswesen wird sich die Stadt gemeinsam mit der Badverwaltung beteiligen, da es notwendig und nützlich erscheint, den Ausstellungsbesuchern einen Begriff von der Bedeutung unseres Bades zu geben. Ueber die Art der Beteiligung (ob durch Beitragsleistung oder durch eigene Ausstellung) soll noch die Ansicht der hiesigen Hoteliers eingeholt werden.

Dem Funktönar Haag der öffentlichen Sprechstelle (Telegraphenhilfsstelle) Nonnenmühl, der schon jahrelang diese mit allerlei Mühe und Zeitverlust verbundene Funktion ohne Vergütung besorgt, wird auf seine Bitte und nachdem G.-R. Schanz sich für Erhaltung dieser einzigen Fernsprechstelle in Nonnenmühl verwendet hatte, eine Entschädigung von monatlich 6 M. bewilligt. Die Oberpostdirektion Stuttgart, an die sich Haag zuerst gewandt hatte, verwies Haag an die Gemeinde, was einigermassen Verwunderung erregt.

Es hat sich erwiesen, daß die für das Salutschießen bei Feiern von Kriegsteilnehmern vorgesehenen drei Böller veraltet und total verrostet sind und daher der Bedienung gefährlich werden könnten. Da neue Böller überhaupt nicht mehr fabriziert werden, wird beschloffen, eine Salutkanone anzuschaffen, die jetzt in den Städten fast allgemein Eingang findet. Es ist dies eine richtige Kanone mit Hinterverschluß, für Solat und Signal, und braucht infolge sehr einfacher Handhabung nur einen Mann zur Bedienung; ein Instrument für alle Zeit. (Die Zeichnung liegt vor.) Kostenpunkt: 330 M. [Vielleicht meldet sich ein für seine alte, geliebte Waffe begeisterter ehemaliger Artillerist freiwillig zur Bedienung unserer Gemeindekanone. Er bekommt dann den Titel „Stadtkanonier“, was doch ganz respektabel klingt. Also: Freiwillige vor!]

Dem Kurverein wird aus Mitteln der Fremdensteuer ein neuer Beitrag von 2000 M. bewilligt, nachdem der Vorsitzende, sowie die G.-R. Kiefer, Stephan u. Beckle das Gesuch des Kurvereins unterstützt hatten. Es wurde vor allem betont, daß der Kurverein alle seine Ausgaben im Interesse des Bades und der Stadt mache und doch auch die Beiträge seiner Mitglieder ins Gewicht fallen. — Das Defizit des Kurvereins infolge der Waldweihnachts-Veranstaltungen betrage nur ca. 70 M. und sei lediglich durch das schneearme Wetter verursacht. Man müsse die Existenz des Kurvereins sichern und den Herren, die sich ihm und seinen Bestrebungen widmen, ihre Ämter erleichtern. (G.-R. Großmann hatte leise Zweifel bezüglich der richtigen Verwendung der städt. Beiträge geäußert.)

Hiermit schloß die öffentliche Sitzung.

-m

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einfindungen übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Erwiderung in der Siedlungsfrage! Der Grund des Stodens wird wohl der sein wie der Artikelschreiber selbst anführt, die Beteiligung in der Zeichnung durch die Kapitalträtigeren. Bekanntlich hat Herr Stadtschultheiß in der Versammlung gesagt, daß wenn die Zeichnungen abgeschlossen seien, der Verein gegründet werde. Zur Beruhigung in dieser Sache möchte ich nun folgendes mitteilen: Gelegentlich einer geschäftlichen Tätigkeit in Stuttgart war ich beim Schw. Siedlungsverein, um über diese Sache Rücksprache zu nehmen. Herr Regierungsbaumeister Riß hat mir dabei gesagt, daß es auf die Zeichnung vorläufig noch nicht ankomme, sondern man könne den Verein hier ruhig gründen, dann werde die Sache in Fluß kommen. Vom Siedlungsverein aus wird ebenfalls großer Wert darauf gelegt, daß es vorwärts geht, solange noch in Wildbad ruhige Zeit ist und andere Orte uns nicht vorkommen. Ferner hat mir Herr Riß gesagt, daß sobald er vom Geometer die nötigen Unterlagen habe, er die Sache sofort in Angriff nehme, (ich habe festgestellt, daß die Sachen inzwischen schon nach Stuttgart abgegangen sind), sie seien also, daß in dieser Sache weiter gearbeitet wird. Was nun die Monatsleistungen anbelangt, halte ich es für voreilig, wenn jetzt schon gesagt wird, sie betragen 50 M. Ich vermute, daß dies von solchen Leuten, die Gegner der gemeinnützigen Sache sind, ausgebreitet wird. Ich selbst kann ihnen sagen, daß ich auch Gelegenheit beim Siedlungsverein hatte, eine Siedlung mit einer großen Anzahl Häuser verschiedenster Typen zu besichtigen und habe ich von allen Bewohnern nur lobenswerthes über ihre Wohnweise gehört, ebenso auch über die Leistungen. Die Höhe des Monatsbetrages richtet sich nach dem Typ und dessen Baukosten, eines steht aber fest, daß diese Häuser mit 4 Zimmern, Küche, Waschküche und Zubehör nebst kleinem Gemüsegarten in den Baukosten so nieder waren, daß die Inhaber monatlich nur 25 M. zu zahlen hatten. Ich hoffe nun mit diesen Zeilen zur Beruhigung beigetragen zu haben und wünsche, daß bei der Gründung des hiesigen Siedlungsvereins recht viele ihren Beitritt erklären um zum Wohle der Allgemeinheit beigetragen. Bemerken möchte ich noch, daß mir Herr Riß ausdrücklich gesagt hat, daß die Bauausführungen nur von hiesigen Handwerkern ausgeführt werden sollen. W. G.

Aufruf.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot beachtlichst man, einen

Siedlungsverein Wildbad

G. m. b. H.

zu gründen, der eine größere Anzahl Siedlungsbauten auf dem von der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellten Baugelände an der Paulinenstraße ausführen wird. Die Stadtgemeinde hat in Aussicht gestellt, neben Ueberlassung des Baugeländes sich mit 20000 Mark an dem Siedlungsverein zu beteiligen.

Es ergeht hiemit Einladung an alle Kreise der hiesig. Einwohnerschaft (Industrie, Hotelgewerbe, Kaufleute, Handwerker, Hausbesitzer, Mieter, Baukunst.) zur Zeichnung von Anteilscheinen an dem Siedlungsverein. Ein Anteil beträgt mindestens 50 Mark, worauf die Hälfte einzubezahlen ist.

Nur wenn sich weite Kreise der Einwohnerschaft an dem Siedlungsverein beteiligen, besteht Aussicht, daß durch zahlreiche Wohnungsbauten die Wohnungsnot endlich gemildert und schließlich beseitigt werden kann.

Zeichnungen werden auf dem Meldeamt entgegengenommen.

Wildbad, den 21. Januar 1925.

Stadtschultheißenamt:

B a e g n e r.

Stadt Wildbad.

Brennholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 28. Januar 1925, vormittags 9 Uhr in Wildbad im Rathausaal aus Staatswald Meistern, Leonhardswald, An der Linie und Regeltal: Radelholz: Am Scheiter 20; Prügel 43; Anbruch 247; Reisprügel 80; Laubb.-Anbruch 4.

Zur Versteigerung werden nur hiesige Einwohner zugelassen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Wildbad.

Am Sonntag, den 25. Januar 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum „grünen Hof“ die

General-Versammlung

statt. Die Ortsverwaltung.

Heute ist ein Waggon

Unionbriketts

eingetroffen, worauf ich noch Bestellungen entgegennehme.

Fr. Klotz,

Telefon 70.

Kohlen- u. Holzhdlg.

Zu verkaufen:
14 Am. d. d. Holz,
200 Ltr. Most mit Saß,
sowie ein zweitäderiger, neuer
Sandtaren bei
Wurster, Ziegelhütte.

Rohrseffel
werden mit
la. Sesselrohr
zum billigsten Preise geflochten
bei
Wilhelm Treiber,
Korbmacher.

Bruchleiden

Bettlästern, Krampfadern, Wutervorfall, Schwerhörig.
Rückgratschw., Fußleiden, Unterleibschw., Kropfleiden.
Nerventeiden, Rheumatis, Gallensteine, Nephritis.
Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung,
besserungsfähig und heilbar, wenn Sie unsere

bei mehr als 42000 Patienten

mit überraschenden Erfolgen bewährten; teils gesetzl. gesch. Spezial-
erzeugnisse nach den fachgemäßen Weisungen uns. Arztes anwenden
Wem Gesundheit und Leben lieb ist, wer zwecklose Geldausgaben
vor allem verhüten will, begibt sich nicht in die Hände großsererend.
vielversprechender herumreisender Händler, Quacksalber u. angeblicher
Bandagisten, sondern in die Behandlung eines erfahrenen Arztes.
Unser Dr. med. Schmitt prakt. ist persönlich kosten-
los zu sprechen.

Montag, den 26. Januar vorm. 9-11 Uhr
in Wildbad, im „Bahnhofhotel.“

Ph. Steuer Sohn Fabrik. sanit. Konstanz Bodensee, Wes-
Spezialartikel senbrgstr. 15/17



LOBALIN
reinigt Böden

gründlich u.
schnell, ohne
Gefahr u. Hände
VEWA Ditzingen in



**Fußballverein
Wildbad.**
Vereinigter Fußball-
und Sportverein.

Donnerstag
abend 8 Uhr

**Zusammenkunft des
Aussschusses und der
Spielleitung**

im Gasth. zur „Silberburg“.
(Letzte Zusammenkunft vor
Generalversammlung.)
Bollzähliges Erscheinen
wird dringend erwartet.
Der Vorstand.

1 Kinderlieg-
und Sitzportwagen,
1 Kinderstuhl,
1 kleiner Schrank
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Tag-
blatt-Geschäftsstelle.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei
der Wäsche verbilligt das Wäschchen.
Vorzügliches Einweichmittel.